

Überarbeitung der Postdiensterrichtlinie

UNI Europa Post und Logistik

In die Zukunft der Post investieren

Wir rufen die Gesetzgeber dazu auf, Anreize für die Stärkung der Postnetze zu schaffen und innovative Produkte zu finden. Wir fordern die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Umfangs und der Qualität der universellen Postnetze. Der neue Regulierungsrahmen muss die operative Funktionalität ermöglichen. Der neue Regulierungsrahmen muss die Diversifizierung, Reorganisation und Modernisierung der Postnetze ermöglichen. Die Anpassung der Postaktivitäten muss auf demokratische Art und Weise unter umfassender Beteiligung aller Akteure (Beschäftigte, Bürger/-innen, Verbraucher/-innen) unter Rücksichtnahme auf regionale und nationale Unterschiede und Divergenzen nach der Liberalisierung der Postmärkte ermöglicht werden. In vielen Teilen Europas, insbesondere in ländlichen Gebieten, stellen die Postdienste das einzige Mittel zur Kommunikation und sozialen Eingliederung dar. Die Postdienste, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung des sozialen und territorialen Zusammenhalts. Anstatt den Abbau der Postnetze zu erleichtern, muss der neue Postregulierungsrahmen qualitativ gute Postämter und Zustellnetze garantieren und zugleich gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Marktakteure, die Drittzugang zu den Netzen haben, sicherstellen. Die Betriebskosten für zugängliche Segmente des Postnetzes müssen angemessen bewertet werden, und die benannten Universaldienstanbieter müssen entschädigt werden, um eine nachhaltige Aufrechterhaltung des Postnetzes weit in die Zukunft zu ermöglichen.

Auf der bestehenden Universaldienstverpflichtung aufbauen, um das Wachstum im Paketbereich widerzuspiegeln

Ohne die Bedeutung von Briefen in Frage zu stellen, die das anhaltende Wachstum des elektronischen Geschäftsverkehrs bezeugen, sind Pakete von entscheidender Bedeutung für die Volkswirtschaften und stellen eine Möglichkeit dar, das Wachstum der KMU in den Regionen zu unterstützen. Wir rufen die Gesetzgeber dazu auf, ein umfassendes Bürgerrecht auf regelmäßige und erschwingliche Paketzustellung zu einheitlichen Preisen in einem Landesgebiet im Hinblick auf Versand und Erhalt von Paketen zu verfügen. Dies setzt eine starke Marktregulierung voraus, die gute Arbeitsbedingungen, angemessene Löhne und eine hohe Dienstleistungsqualität garantiert. Die Indikatoren für die Dienstleistungsqualität müssen auf nationaler Ebene geregelt werden, was der weitreichenden Definition der Universaldienstverpflichtung entspricht. UNI Europa Post und Logistik fordert die Einbeziehung von Paketen (bis zu 31,5 kg) in den Umfang der Universaldienstverpflichtung, wie auf nationaler Ebene definiert. Je nach Gewicht ist es möglich, differenzierte Preismechanismen zusammen mit unterschiedlicher Zustellungshäufigkeit und -zeit ins Auge zu fassen. Dieses Marktsegment muss von den nationalen Regulierungsbehörden genau überwacht werden. Der Umfang des Universaldienstes muss Paketsendungen einbeziehen und eine Begriffsbestimmung einführen, die alle Unternehmen erfasst, die diesen Dienst erbringen. Der Sonderfall der grenzüberschreitenden Paketzustellung muss eigens reguliert werden, um einheitliche Bedingungen

für den Zugang zu den Postnetzen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und Preisfestlegung zu ermöglichen. Eine ordnungspolitische Unsicherheit und Definitionsprobleme (was liegt innerhalb oder außerhalb des Umfangs der Universaldienstverpflichtung? Wer entschädigt für die Erhaltung der Netze?) dürfen kein Sozialdumping fördern.

Sozial- und Umweltnormen in die Mindestnormen einbeziehen

Alle Unternehmen, die im Rahmen der Universaldienstverpflichtung Dienstleistungen erbringen, müssen den nationalen Regulierungsbehörden auf genormte Art und Weise Bericht erstatten, und die Letzteren sollten die Sozial- und Umweltnormen sichern und garantieren. Die nationalen Regulierungsbehörden sollten verpflichtet sein, Sozialdaten (Anzahl der Beschäftigten, Art der vertraglichen Vereinbarungen, Fluktuation, Lohnunterschiede) zu erheben, Sozialstandards (einschließlich Beschäftigungsstandards) und Umweltstandards für alle Unternehmen, die Dienstleistungen im Rahmen der Universaldienstverpflichtung erbringen, aufrechtzuerhalten und zu schützen, um Sozialdumping zu vermeiden. Das bedeutet, dass die nationalen Regulierungsbehörden mehr soziale und ökologische Verantwortung, mehr finanzielle und persönliche Kapazität und Rechenschaftspflicht bei der Durchsetzung von Korrekturmechanismen benötigen, wenn etablierte Normen und nationale Rechtsvorschriften nicht eingehalten werden. Der neue Regulierungsrahmen muss Fälle von unlauterem Wettbewerb und Sozialdumping verhindern, durch die Aufrechterhaltung fairer Praktiken in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Umweltleistung und Dienstleistungsqualität. Alle Unternehmen, einschließlich der Paketunternehmen, müssen eine Lizenz unter bestimmten Bedingungen beantragen, wenn sie (Teile der) Universaldienstverpflichtung bereitstellen wollen. Die nationalen Regulierungsbehörden können beauftragt werden, die Einhaltung der Sozial- und Umweltnormen, wo solche vorhanden sind, durchzusetzen, und müssen ermächtigt werden, die Lizenzen aufzuheben, wenn der Betreiber die etablierten und geltenden Normen nicht einhält.

Die nachhaltige Finanzierung der Universaldienstverpflichtung garantieren

Der neue Regulierungsrahmen für Postdienste muss an einem schrumpfenden Markt ohne Gewinnorientierung die nachhaltige Finanzierung der Universaldienstverpflichtung garantieren. Wir rufen die Gesetzgeber dazu auf, das derzeitige System der Postausgleichsfonds zu überprüfen, da es nicht angemessen funktioniert, wenn die Universaldienstverpflichtung zu eng (nur Buchstaben) definiert wird. Die derzeitigen Mechanismen stellen keine angemessene Entschädigung sicher und erzeugen tatsächlich Marktverzerrungen wegen ineffektiver Gewährleistung einer hochwertigen Universaldienstverpflichtung zu einheitlichen, erschwinglichen Preisen (es wird angeregt, sich von der Mehrwertsteuerbefreiung weg und hin zu einer Mehrwertsteuer von 0% auf Produkte der Universaldienstverpflichtung zu bewegen). Wer diese Kosten zu tragen hat, ist noch festzulegen, doch sollten elektronische Einzelhändler und Großkunden zu den Nettokosten der Universaldienstverpflichtung beitragen, selbst wenn dies bedeutet, dass ihnen zusätzliche Normen in Bezug auf Mindestlöhne und ökologischen Fußabdruck auferlegt werden. Konkurrenten, die nur Teile der Universaldienstverpflichtung abdecken, einschließlich Logistik- und Paketunternehmen, müssen einen bestimmten Zugangspreis für die Nutzung des Netzes entrichten. Alle an der Universaldienstverpflichtung beteiligten Marktakteure müssen zu deren Finanzierung beitragen und zugleich die hohe Dienstleistungsqualität zu einheitlichen, erschwinglichen Preisen garantieren. Es darf

den Unternehmen nicht erlaubt sein, nur die rentablen Bereiche abzusahnen. Sie sollten nicht arbeiten dürfen, wenn sie an einem nationalen Markt durch unlauteren Wettbewerb (Online-Plattformen, die nur ihrem Profit dienen, ohne zu nationalen Programmen für soziale Sicherheit und Sozialschutz beizutragen) Sozialdumping betreiben.

Die Mindestanforderungen der Universaldienstverpflichtung beachten und sicherstellen, dass die Liberalisierung dem Postsektor zugute kommt!

Die aktuellen Begriffsbestimmungen der Universaldienstverpflichtung in Bezug auf hohe Qualität, erschwingliche Dienste zu einheitlichen Preisen im gesamten Landesgebiet, die Dichte der Zugangspunkte, die Zustellzeitnormen (D+1) und die Zustellung auf der „letzten Meile“ müssen, gemäß der Definition in jedem nationalen Kontext, gesichert und/oder aufrechterhalten werden. UNI Europa Post und Logistik postuliert, dass die Zustellung von Postsendungen einen Preis hat. Die kostenlose Zustellung von Werbesendungen sollte in einem umfassenden Regulierungsrahmen, der alle Marktakteure im Geltungsbereich der Universaldienstverpflichtung erfasst, nicht erlaubt sein. Die Zustellung kostenloser Werbesendungen erweckt einen falschen Eindruck und erzeugt Marktverzerrungen mit erheblichem Preisdruck. Dieser Preisdruck wirkt sich unmittelbar auf die Höhe der Vergütung und die Arbeitsbedingungen aus und schafft Bereiche mit unlauterem Wettbewerb an Postmärkten, die sich auf den Drittzugang zu den Netzen eingelassen haben. Dritte mit Netzzugang, die Lizenznehmer sind, sollten sich an die nationalen Sozial- und Umweltverfahren und -normen halten, und die nationalen Regulierungsbehörden müssen bei diesen Überwachungsaufgaben in vollem Umfang rechenschaftspflichtig sein.

Die Bürger/-innen sollten in der Lage sein, sich an einem freien Markt in Kenntnis der Sachlage zwischen Betreibern zu entscheiden. Die auf einer fundierten Entscheidung und allen einschlägigen Informationen beruhende Wahl in Kenntnis der Sachlage, wer Postsendungen zustellt, muss unterstützt werden. Wenn Großkunden (wie elektronische Einzelhändler) in den Genuss von Vorzugstarifen gelangen, müssen die Auswirkungen auf Bezahlung und Arbeitsbedingungen in einem derart arbeitsintensiven Sektor reguliert werden, und alle Marktakteure müssen unter einheitlichen ordnungspolitischen Bedingungen arbeiten. Die Marktliberalisierung muss mit Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt einhergehen, die menschenwürdige Bezahlung und Arbeitsbedingungen für alle an der Postlieferkette beteiligten Marktakteure gewährleisten.

Die Gewerkschaften von UNI Europa Post und Logistik rufen bei der Überarbeitung des europäischen Postregulierungsrahmens zur Verfügung eines umfassenden Bürgerrechts für den Verbrauch von Postprodukten aufgrund einer Wahl zwischen Betreibern in Kenntnis der Sachlage auf. Die Wahl erfolgt in Kenntnis der Sachlage, wenn sich alle Marktakteure an gleiche rechtliche und ordnungspolitische Normen halten, was zurzeit nicht der Fall ist. Ziel ist es, den Auftrag, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse zum Nutzen der Bürger/-innen und Verbraucher/-innen zu erbringen, zu sichern. Um dies zu erreichen, müssen die Marktakteure unter einheitlichen ordnungspolitischen Bedingungen konkurrieren, die sich an Sozial- und Umweltnormen halten und sich in Bezug auf Bezahlung, Arbeitsbedingungen und Gewinnstreben nicht an einem Wettlauf nach unten beteiligen.



Die Mitgliedsorganisationen von UNI Europa Post und Logistik wollen eine ordnungspolitische Mindestgrundlage errichten, die der nationalen Vielfalt, wie von den Mitgliedstaaten bisher umgesetzt, Rechnung trägt. Die gesamte Dienstleistungsqualität, die mittels der verstärkten Postdiensterrichtlinie verwirklicht wird, muss gesichert werden, und die Überprüfung des Rechts- und Regulierungsrahmens darf bei der Verteidigung der Bereitstellung eines Universaldienstes die etablierte nationale Praxis nicht untergraben.